

Stellungnahme von **Eberhard Radczuweit (KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V.)** vom 07. Mai 2012 im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom 24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

"Sehr geehrter Herr Jetschmanegg,

uns wurde Ihr Fragenkatalog zugeleitet zur Neugestaltung dieser Gedenkstätte, zu der ich nur ein grundsätzliches, im Projektnamen gekennzeichnetes Problem ansprechen will.

Der Verein KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V. wurde Anfang 1990 als politisch unabhängige Körperschaft gegründet. Zu unseren Tätigkeitsfeldern zählt Geschichtsaufklärung über Ursachen, Opfer und Folgen des deutschen Vernichtungs- und Weltanschauungskrieges gegen die Sowjetunion. Dabei helfen uns mit ihren Erinnerungen auch zahlreiche ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, die (auch in Brandenburg) Zwangsarbeit leisteten und nach der Repatriierung durch das stalinistische System repressiert wurden. Von daher fühlen wir uns legitimiert, die Konzeption Gedenkstätte Lindenstraße zu kommentieren.

In Ihrem Projektpapier wird die Prämisse genannt, NS-Verbrechen nicht durch die Aufarbeitung von DDR-Unrecht zu relativieren. Doch diese Relativierung ist bereits im Namen des Ganzen vorgegeben „für die Opfer politischer Gewalt des 20. Jahrhunderts“. Die Sowjetunion hatte im Krieg 27 Millionen Tote zu beklagen, der Völkermord an den europäischen Juden, drei Millionen in deutschem Gewahrsam verhungerte sowjetische Kriegsgefangene. Die Wucht der Opferzahlen und das unfassbare NS-Unrecht mit seinen materiellen und geistigen Verwüstungen verbietet jegliche Gleichheitszeichen mit irgendeinem Nachkriegsunrecht. Naziopfer und Mauertote in eine Zeile zu setzen, wäre zynisch. Dies impliziert die Überschrift „Opfer politischer Gewalt des 20. Jahrhunderts“. Die moralische Existenz unseres heutigen Staates beruht auf der Anerkennung von Schuldfragen, nicht nur in Bezug auf den Holocaust, dessen Leugnung zu Recht eine Straftat ist. Überlebende und Nachkommen der NS-Opfer zu beleidigen, indem man sie museal auf eine Ebene setzt mit Gefangenen einer NKWD- oder Stasi-Haftanstalt, ist unanständig.

Es könnte der Verdacht entstehen, die Projektanten für die Neugestaltung folgen dem Paradigmenwechsel postsozialistischer Länder, der beispielsweise im Baltikum über „Opfer der politischen Gewalt des 20. Jahrhunderts“ zur Relativierung der NS-Verbrechen bis hin zur Entlastung einer Tätergruppe führte: Aus SS-Kollaborateuren wurden in Lettland und Estland „Freiheitskämpfer“. Solche Geistesrichtung unterstelle ich nicht der Arbeitsgruppe zur Umgestaltung der Gedenkstätte. Sie möge sich aber der Gefahr von missbräuchlicher Interpretation bewusst sein, wenn sie auf der bisherigen Begrifflichkeit beharrt.

**Mit freundlichen Grüßen
Eberhard Radczuweit"**